

Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung
und Umweltfragen

Kernkraftwerk Gundremmingen II (KRB II)
Landkreis Günzburg

8. Teilgenehmigung

22. Juni 1983

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR
LANDESENTWICKLUNG UND UMWELTFRAGEN

Genehmigung nach § 7 Atomgesetz (AtG)
zur Handhabung und Lagerung von unbestrahlten Brennelementen,
Neutronenquellen und Neutronenflußmeßanlagen, zum Beladen des
Reaktordruckbehälters und zur Durchführung von Prüfungen mit
unterkritischem Kern im Block B sowie zum Umgang mit sonstigen
radioaktiven Stoffen im Kernkraftwerk Gundremmingen II (KRB II)

-8. Teilgenehmigung-

Inhaltsverzeichnis

Tenor	Seite
I. Antragsteller, Gegenstand und Umfang der Genehmigung	2
II. Genehmigungsunterlagen	4
III. Nebenbestimmungen und Hinweise	9
IV. Verantwortliche und beauftragte Personen	15
V. Deckungsvorsorge	17
VI. Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften	20
VII. Gestattungen	20
VIII. Vorbehalte	21
IX. Kosten	21
X. Sofortige Vollziehung	21

Begründung	Seite
A. Sachverhalt	22
1. Bisheriger Ablauf des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens	22
2. Ablauf des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens nach Erteilung der 7. Teilgenehmigung	22
3. Gutachten und Stellungnahmen der nach § 20 Atomgesetz zugezogenen Sachverständigen	25
4. Einwendungen	25
B. Rechtliche und sicherheitstechnische Würdigung	26
1. Rechtsgrundlage der Genehmigung	26
2. Verfahrensmäßige Voraussetzungen	27
3. Genehmigungsvoraussetzungen nach § 7 Abs. 2 AtG	28
3.1 Zuverlässigkeit der Antragsteller und der verantwortlichen Personen sowie Fachkunde der verantwortlichen Personen	28
3.2 Notwendige Kenntnisse der sonst tätigen Personen	29

III

	Seite
3.3 Nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden	29
3.4 Deckungsvorsorge	32
3.5 Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter	32
3.6 Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens	33
4. Ermessensentscheidung nach § 7 Abs. 2 AtG	34
5. Vorläufiges positives Gesamturteil	36
6. Nebenbestimmungen	37
7. Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften	38
C. Kostenentscheidung	38
D. Anordnung der sofortigen Vollziehung	39
Rechtsbehelfsbelehrung	46

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR
LANDESENTWICKLUNG UND UMWELTFRAGEN

9209 - 72/74 - 26 456

22.06.83

Tel.Nbst.: 2333

1. Rheinisch-Westfälisches
Elektrizitätswerk AG
Kruppstraße 5
4300 Essen 1
2. Bayernwerk AG
Blutenburgstraße 6
8000 München 19
3. Kraftwerk Union AG
Hammerbacherstraße 12 + 14
8520 Erlangen
4. Hochtief AG
Bockenheimer Landstraße 24
6000 Frankfurt 1
5. Kernkraftwerk Gundremmingen
Verwaltungsgesellschaft mbH
8871 Gundremmingen
6. Kernkraftwerke Gundremmingen
Betriebsgesellschaft mbH
8871 Gundremmingen

Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und
Umweltfragen (StMLU) erläßt im Einvernehmen mit den Bayerischen
Staatsministerien für Arbeit und Sozialordnung sowie für
Wirtschaft und Verkehr folgende

Genehmigung nach § 7 Atomgesetz (AtG)
zur Handhabung und Lagerung von unbestrahlten Brennelementen,
Neutronenquellen und Neutronenflußmeßanlagen, zum Beladen des
Reaktordruckbehälters und zur Durchführung von Prüfungen mit
unterkritischem Kern im Block B sowie zum Umgang mit sonstigen
radioaktiven Stoffen im Kernkraftwerk Gundremmingen II (KRB II)

-8.Teilgenehmigung-

I.

I. Antragsteller, Gegenstand und Umfang der Genehmigung

1. Den Antragstellern

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG,
Essen,
Bayernwerk AG, München,
Kraftwerk Union AG, Erlangen,
Hochtief AG, Frankfurt,
Kernkraftwerk Gundremmingen Verwaltungsgesellschaft mbH, Gundremmingen,
und Kernkraftwerke Gundremmingen Betriebsgesellschaft mbH, Gundremmingen,

die zugleich Inhaber der Kernanlage sind, wird unter den in diesem Bescheid festgesetzten Auflagen nach Maßgabe der in Abschnitt II. aufgeführten Genehmigungsunterlagen die Genehmigung erteilt, im Kernkraftwerk Gundremmingen II (KRB II)

1.1 folgende Kernbrennstoffe und radioaktive Stoffe im Block B zu handhaben und zu lagern:

- 1.1.1 784 unbestrahlte Brennelemente (Erstkern) mit einer Gesamtmasse von 139,5 t Uran und einem Anteil von ca. 2,703 t U 235, davon
- 192 Brennelemente mit 1,16 Gew. % U 235
 - 20 Brennelemente mit 1,86 Gew. % U 235
 - 176 Brennelemente mit 1,85 Gew. % U 235
 - 204 Brennelemente mit 2,12 Gew. % U 235
 - 160 Brennelemente mit 2,59 Gew. % U 235
- des Brennelementtyps 8 x 8,

I.

24 Brennelemente mit 2,59 Gew. % U 235
8 Brennelemente mit 3,14 Gew. % U 235
des Brennelementtyps 9 x 9

- 1.1.2 32 unbestrahlte Brennelemente (Reservebrennelemente) des Brennelementtyps 8 x 8 oder 9 x 9 mit einer Gesamtmasse von ca. 5,696 t Uran und einer mittleren Anreicherung je Brennelement von maximal 3,14 Gew.% U 235
- 1.1.3 5 Californium 252-Neutronenquellen mit einer Quellstärke von jeweils maximal 5×10^8 Neutronen/Sekunde und einer Aktivität von je 4,74 GBq (0,128 Ci)
- 1.1.4 unbestrahlte Neutronenflußmeßlanzen für die Neutronenflußinstrumentierung mit insgesamt 400 mg Uran mit einem Anreicherungsgrad von 90 Gew.% U 235,
- 1.2 den Reaktordruckbehälter des Blocks B mit 784 unbestrahlten Brennelementen und 5 Neutronenquellen zu beladen sowie die Neutronenflußmeßlanzen für die Neutronenflußinstrumentierung einzusetzen,
- 1.3 Prüfungen mit unterkritischem Kern im Block B durchzuführen,
- 1.4 mit folgenden sonstigen radioaktiven Stoffen umzugehen:
 - 1.4.1 umschlossene radioaktive Stoffe bis zu insgesamt dem 1×10^6 fachen und offene radioaktive Stoffe bis zum 5×10^4 fachen der Freigrenzen nach Anlage IV, Tabelle IV 1, Spal-

I./II.

te 4 der Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) als Präparate zur Kalibrierung und Funktionsprüfung von Meß- und Überwachungseinrichtungen

- 1.4.2 je eine offene radioaktive Quelle von 7,4 GBq (200 mCi) Jod 131 zur Funktionsprüfung der Aktivkohlefilter im Lüftungssystem und von 27,75 GBq (750 mCi) Krypton 85 zur Funktionsprüfung der Verzögerungsstrecke im Abgassystem.
2. Die Erteilung des vorliegenden Genehmigungsbescheids begründet keinen Anspruch auf eine weitere atomrechtliche Genehmigung.

II.

Genehmigungsunterlagen

Der Genehmigung liegen folgende Unterlagen zugrunde:

1. Der Sicherheitsbericht "Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk (KRB II) Gundremmingen, Doppelblockanlage mit Siedewasserreaktor, therm. Leistung 2 x 3.840 MW", Ausgabe März 1974,
2. die Unterlagen der Kraftwerk Union AG "Änderungen der Anlage KRB II gegenüber dem Planungsstand März 1974 aufgrund der Begutachtung durch den TÜV Bayern" vom 10.11.75,
3. der Sicherheitsbericht "Kapazitätserweiterung der Brennelement-Lagerbecken, Kernkraftwerk Gundremmingen Block B und C" vom Oktober 79,

II.

4. das "Gutachten über die Sicherheit des 2.600-MWe-Kernkraftwerkes Gundremmingen (KRB II) für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren - Errichtungsgutachten -", erstattet im Auftrag des StMLU vom Technischen Überwachungs-Verein Bayern e.V. (TÜV Bayern) vom 06.03.75 nebst dem Ergänzungsgutachten hierzu vom 21.11.75, im folgenden "Errichtungsgutachten" genannt,
5. das "Gutachten über die Sicherheit des Kernkraftwerkes Gundremmingen (KRB II) für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren - Teilerichtungsgutachten für die 2. Teilgenehmigung -", erstattet im Auftrag des StMLU vom TÜV Bayern vom 23.09.77, im folgenden "Teilerichtungsgutachten für die 2. Teilgenehmigung" genannt,
6. das "Gutachten über die Sicherheit des Kernkraftwerkes Gundremmingen II (KRB II) für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren - Teilerichtungsgutachten für die 3. Teilgenehmigung -", erstattet im Auftrag des StMLU vom TÜV Bayern vom 06.12.79, im folgenden "Teilerichtungsgutachten für die 3. Teilgenehmigung" genannt,
7. das "Gutachten über die Sicherheit des Kernkraftwerkes Gundremmingen II (KRB II) für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren - Teilerichtungsgutachten für die 4. Teilgenehmigung -", erstattet im Auftrag des StMLU vom TÜV Bayern vom 26.11.80, im folgenden "Teilerichtungsgutachten für die 4. Teilgenehmigung" genannt,

II.

8. das "Gutachten über die Sicherheit des Kernkraftwerkes Gundremmingen II (KRB II) für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren - Teilerichtungsgutachten für die 5. Teilgenehmigung-", erstattet im Auftrag des StMLU vom TÜV Bayern vom 23.09.81, im folgenden "Teilerichtungsgutachten für die 5. Teilgenehmigung" genannt,
9. das "Gutachten über die Sicherheit des Kernkraftwerkes Gundremmingen II (KRB II) für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren - Teilerichtungsgutachten für die 6. Teilgenehmigung-", erstattet im Auftrag des StMLU vom TÜV Bayern vom 30.11.82, im folgenden "Teilerichtungsgutachten für die 6. Teilgenehmigung" genannt,
10. das "Gutachten zur Erweiterung der Lagerkapazität für bestrahlte Brennelemente im Kernkraftwerk Gundremmingen II (KRB II) für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren - Teilerichtungsgutachten für die 7. Teilgenehmigung-", erstattet im Auftrag des StMLU vom TÜV Bayern vom 23.09.82, im folgenden "Teilerichtungsgutachten für die 7. Teilgenehmigung" genannt,
11. das "Gutachten zur erstmaligen Handhabung und Lagerung von unbestrahlten Brennelementen, Neutronenquellen und Neutronenflußmeßanlagen sowie zur erstmaligen Beladung des Reaktor-druckbehälters und zur Durchführung von Versuchen mit unterkritischem Kern im Kernkraft-

II.

- werk Gundremmingen II (KRB II) Block B für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren - Teilerichtungsgutachten für die 8. Teilgenehmigung -" erstattet im Auftrag des StMLU vom TÜV Bayern vom 28.04.83, im folgenden "Teilerichtungsgutachten für die 8. Teilgenehmigung" genannt.
- Der Genehmigung liegen die jeweils neuesten Unterlagen zugrunde. Soweit die Beschreibung des Gegenstands dieser Genehmigung in den unter II.1 bis II.3 genannten Unterlagen abweicht, liegen dieser Genehmigung die Gutachten des TÜV Bayern zugrunde.
12. die "Stellungnahme zum Sicherungskonzept zur Einlagerung unbestrahlter Brennelemente im Reaktorgebäude und zur Erstkernbeladung (8.TEG)" erstattet im Auftrag des StMLU von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit mbH vom 10.05.83.
 13. die Schreiben
der Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk II GbR
vom 09.03.83 Zchn.En/P-Ga/ge (EN 13888),
09.03.83 Zchn.En/P-Ga/ge (EN 14816),
25.04.83 Zchn.En/P-Ga/ge,
04.05.83 Zchn.En/P-Ga/ge (EN 20056),
04.05.83 Zchn.En/P-Ga/ge (EN 20058),
09.05.83 Zchn.En/P-Ga/ge (EN 20869),
09.05.83 Zchn.En/P-Ga/ge (EN 20969),
11.05.83 Zchn.En/P-Ga/ge,
- der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitäts-
werk AG vom 02.05.83 Zchn.Re-ÖG, Sch-T/He,

II.

der Bayernwerk AG vom 05.05.83 Zchn.R/Ö-
Ls/De,

der Kernkraftwerke Gundremmingen Betriebsge-
sellschaft mbH vom 09.03.83 Zchn.2-3-AZ-6.3.3

und der Kraftwerk Union AG vom
26.04.83 Zchn.0880-203000 M11/ru,
10.05.83 Zchn.M11/ru.

14. die Strahlenschutzanweisungen der Kraftwerk
Union AG "Umgang mit unbestrahlten Brennele-
menten und den Primärneutronenquellen vor der
ersten Kritikalität des Reaktors im Kernkraft-
werk Gundremmingen (KRB II, Block B)" vom
12.04.83 und "Umgang mit offenen und umschlos-
senen radioaktiven Stoffen zu Prüf- und Kali-
brierungszwecken im Kernkraftwerk Gundremmin-
gen (KRB II, Block B)" vom 12.04.83.

15. die Inbetriebsetzungsanweisungen der Kraftwerk
Union AG:

YM-Brennelemente
Anlieferung, Übernahme und Einlagerung der
unbestrahlten Brennelemente
Ibs-Kennzeichen A-YM-01
vom 26.01.83

YM-Brennelemente
Kernbeladung bis Schachbrettmuster
Ibs-Kennzeichen C-YM-01
vom 20.01.83

II./III.

YM-Brennelemente
Kernbeladung bis zur vollständigen Kerngröße
Ibs-Kennzeichen C-YM-02
vom 20.01.83

YN-Neutronenquelle
Anlieferung der Neutronenquellen
Ibs-Kennzeichen C-YN-01
vom 27.01.83

YN-Neutronenquellen
Einsetzen der Neutronenquellen
Ibs-Kennzeichen C-YN-02
vom 20.01.83

16. die Zeichnungen der Kraftwerk Union AG:

Brennelement	Zchn.-Nr. B 121E-00-25534a
	Zchn.-Nr. B 121E-00-26153a
	Zchn.-Nr. B 121E-00-38475a
Brennelementkasten	Zchn.-Nr. RB 22E-11-6615c
Neutronenquelle	Zchn.-Nr. B 111E-30-25085d

III. Nebenbestimmungen und Hinweise

Handhabung, Lagerung und Beladen

1. Vor der erstmaligen Handhabung von unbestrahlten
Brennelementen und Neutronenquellen müssen die Funk-
tions- und Abnahmeprüfungen folgender Einrichtungen
und Systeme für Block B mit positivem Ergebnis abge-
schlossen sein:

III.

Deckenkran im Schleusenvorbau
Schleusenwagen
Säulenschwenkkran UQ 16
Kran im Lager für neue Brennelemente UQ 08
Reaktorgebäude-Rundlaufkran UQ 01 | |
Brennelementwechseleinrichtung

Lager für neue Brennelemente PN
Lagergestelle im Brennelement-Lagerbecken

Zuluftanlage TL 01-05
Fortluftanlage TL 85-89

Energieversorgung der in dieser Nebenbestimmung genannten Einrichtungen und Systeme

Brandschutzeinrichtungen im Reaktorgebäude

Strahlenschutzmeßgeräte für die Bereiche der Handhabung und Lagerung unbestrahlter Brennelemente und Neutronenquellen

Notbeleuchtung DY und Sicherheitsbeleuchtung DZ für das Reaktorgebäude, das Reaktorhilfsanlagegebäude C, das nukleare Betriebsgebäude D und das Schaltanlagegebäude E.

2. Vor dem ersten Beladen des Reaktordruckbehälters mit unbestrahlten Brennelementen und Neutronenquellen müssen die Funktions- und Abnahmeprüfungen der folgenden Einrichtungen und Systeme für Block B mit positivem Ergebnis abgeschlossen sein:

Neutronenflußinstrumentierung
Reaktorschutzsystem YZ
Steuerstabsteuerung
Leitstandsfernsprechanlage MB

III.

Energieversorgung der in dieser Nebenbestimmung genannten Einrichtungen und Systeme

Brandschutzeinrichtungen im Schaltanlagegebäude Bauteil 2E, Notstromdieselgebäude K.4 und K.6 und in den Rohr- und Kabelkanälen zwischen diesen Gebäuden sowie dem Reaktorgebäude.

3. Der Beginn des Antransports der unbestrahlten Brennelemente zum KRB II ist - unbeschadet der hierfür erforderlichen Transportgenehmigung - der Aufsichtsbehörde (StMLU) und dem Bayerischen Landesamt für Umweltschutz (LfU) rechtzeitig vorher anzuzeigen.
4. Beim Transport der Brennelemente und der Neutronenquellen auf dem Betriebsgelände außerhalb des Reaktorgebäudes sind die Transportvorschriften nach Maßgabe der für die Beförderung auf der Straße erteilten Genehmigung der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt einzuhalten.
5. Vor Beginn des ersten Beladens des Reaktordruckbehälters mit unbestrahlten Brennelementen muß die Prüfung des gültigen Beladeplans mit einer Zuordnung der Brennelement-Nummern zu den einzelnen Brennelementen (Unterscheidung nach U 235-Anreicherung und Gadoliniumvergiftung) durch den TÜV Bayern mit positivem Ergebnis abgeschlossen sein.
6. Der Beginn des ersten Beladens des Reaktordruckbehälters mit unbestrahlten Brennelementen ist der Aufsichtsbehörde rechtzeitig vorher anzuzeigen und bedarf deren Zustimmung.

III.

7. Vor Beginn des Beladeabschnitts "Kernbeladung bis zur vollständigen Kerngröße" muß dem TÜV Bayern nachgewiesen werden, daß das Verhältnis "Nutz- zu Störsignal" für die Anfahrbereich-Kanäle mindestens 3 beträgt.

8. Die im Schreiben der Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk II GbR vom 09.05.83 Zchn.EN/P-Ga/ge unter 2.1 bis 2.5 aufgeführten, ab Beladen des Reaktordruckbehälters geltenden Betriebsordnungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Aufsichtsbehörde.

Strahlenschutz

9. Während der Handhabung des Transportbehälters für die Neutronenquellen, der Entnahme der Neutronenquellen und deren Einsetzen in den Reaktordruckbehälter sowie der Funktionsprüfungen mit Jod 131 und Krypton 85 hat der Strahlenschutzbeauftragte oder sein Vertreter ständig anwesend zu sein.

10. Ergibt sich der Verdacht auf Beschädigung oder Undichtheit umschlossener sonstiger radioaktiver Stoffe, so ist unverzüglich eine Dichtheitsprüfung durch eine der Prüfstellen gemäß Nebenbestimmung 11 zu veranlassen.

11. Die in Abschnitt I.1.4.1 aufgeführten umschlossenen radioaktiven Stoffe sind entsprechend der "Richtlinie über Prüffristen bei Dichtheitsprüfungen an umschlossenen radioaktiven Stoffen" vom 23.03.79 (GMB1 S.120) in der jeweils gültigen Fassung von einer der vom LfU bekanntgegebenen Prüfstellen auf Dichtheit ihrer Umhüllung überprüfen zu lassen.

Die Prüfbescheinigungen der Prüfstellen sind aufzubewahren und auf Verlangen der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Werden Undichtheiten festgestellt, ist der Aufsichtsbehörde unverzüglich zu berichten.

III.

12. Die Körperdosen sind durch Messung der Personendosis mit Dosimetern zu ermitteln, die von der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH, München, Auswertungsstelle für Strahlendosimeter, Ingolstädter Landstraße 1, 8042 Neuherberg, anzufordern und ihr in Zeitabständen von 1 Monat zur Auswertung zurückzusenden sind.

13. Dem LfU ist vor Beginn der Handhabung und Lagerung von Brennelementen und Neutronenquellen ein Verzeichnis über

- die gemäß § 62 StrlSchV zu überwachenden Personen einschließlich Fremdpersonal mit deren innerbetrieblicher, nach näherer Maßgabe des LfU zu kennzeichnender Funktion,

- die mit zusätzlichen Dosimetern überwachten Personen einschließlich Fremdpersonal

vorzulegen.

Das Verzeichnis ist monatlich fortzuschreiben.

14. Die im Kalenderjahr insgesamt verursachte Strahlenexposition des Eigen- und Fremdpersonals ist dem LfU unter Verwendung des mit Schreiben vom 06.05.1983 übersandten Formblatts spätestens bis zum 01. März des folgenden Jahres mitzuteilen.

Mitteilung besonderer Vorkommnisse

15. Bei der Handhabung und Lagerung der unbestrahlten Brennelemente, Neutronenquellen und Neutronenflußmeßlanzen, dem Beladen des Reaktordruckbehälters und der Durchführung der Prüfungen mit unterkritischem Kern sowie dem Umgang mit sonstigen radioaktiven Stoffen festgestellte strahlenschutzrelevante Vorkommnisse, sicherheitstechnisch bedeutsame Störungen und sonstige außergewöhnliche Ereignisse sind dem StMLU unverzüglich zu melden. Die Pflicht zur Anzeige gemäß § 36 StrlSchV bleibt unberührt.

III.

Brandschutz

16. Die im Schreiben des Bayer. Landesamts für Brand- und Katastrophenschutz vom 28.04.83 Zchn.III-1294/83-Li./Sm. unter 1.1 enthaltenen Forderungen sind zu dem dort angegebenen Zeitpunkt zu erfüllen.

Entsorgungsvorsorge

17. Die zum Nachweis der Entsorgungsvorsorge vorgelegten Unterlagen sind im weiteren atomrechtlichen Genehmigungsverfahren fortlaufend zu konkretisieren. Eine erhebliche Veränderung der Entsorgungsvorsorge ist dem StMLU unverzüglich mitzuteilen.

18. Es wird darauf hingewiesen, daß eine erste Betriebsgenehmigung erst erteilt werden kann, wenn die Entsorgung der Anlage entsprechend den "Grundsätzen zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke" vom 29.02.80, BAnz.Nr.58, über einen ausreichenden Betriebszeitraum sichergestellt ist.

Einwirkungen Dritter

19. Vorkommnisse, die für die Sicherung und den Schutz kerntechnischer Einrichtungen Bedeutung haben, sind dem StMLU und der Polizeidirektion Krumbach entsprechend dem mit Schreiben vom 15.04.81 Nr. 9053-711-16310 VS-NfD übersandten Rahmenplan "Sicherung und Schutz kerntechnischer Einrichtungen bei verschärfter Gefahrenlage und konkreter Gefahr" zu melden. Bei Abruf einer Gefährdungsstufe ist entsprechend den Regelungen des Rahmenplans zu verfahren.
20. In Kontrollbereichen dürfen nur Personen beschäftigt werden, die durch das StMLU einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen worden sind. Sofern in Ausnahmefällen Personen beschäftigt werden, bei denen diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, sind diese in geeigneter Weise zu beaufsichtigen.

III./IV.

Abweichungen

21. Abweichungen von den diesem Bescheid zugrunde liegenden Unterlagen (s. Abschnitt II.) sind rechtzeitig vorher dem StMLU und, soweit sicherheitstechnische Belange betroffen sind, auch dem TÜV Bayern schriftlich anzuzeigen. Ist eine sofortige Abweichung bei Gefahr im Verzug unabweisbar notwendig, so ist die Abweichung nachträglich anzuzeigen. Die Anzeige ist unverzüglich fernmündlich zu erstatten und schriftlich nachzureichen.

IV. Verantwortliche und beauftragte Personen

1. Verantwortliche Personen im Sinne des § 7 Abs.2 Nr.1 AtG sind:
- 1.1 Von der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG die Herren Dr.Eitz, Dr.Langenecke und Haußmann,
- 1.2 von der Bayernwerk AG die Herren Dr.Knoerzer und Gaßner,
- 1.3 von der Kraftwerk Union AG die Herren Mattern, Kuhne und Jahnke,
- 1.4 von der Hochtief AG die Herren Hentze und Müller-Run,
- 1.5 von der Kernkraftwerke Gundremmingen Betriebsgesellschaft mbH die Herren Ettemeyer und Reim.

IV.

2. Strahlenschutzverantwortliche und Strahlenschutzbeauftragte

2.1 Strahlenschutzverantwortliche im Sinne des § 29 Abs.1 StrlSchV sind die Inhaber der Genehmigung, vertreten durch ihre Vorstände oder Geschäftsführer.

2.2 Strahlenschutzbeauftragte im Sinne des § 29 Abs.2 StrlSchV sind:

für den innerbetrieblichen Entscheidungsbereich
Inbetriebsetzung die Herren

H.-J. Jahnke, Kraftwerk Union AG

und als Vertreter

H. Jakob,	Kraftwerk Union AG
W. Dürrnagel,	Kraftwerk Union AG
J. Krejci,	Kraftwerk Union AG
U. Pietzner,	Kraftwerk Union AG
K.-H. Schmidt,	Kraftwerk Union AG,

für den innerbetrieblichen Entscheidungsbereich Strahlenschutz die Herren

H.-J. Müller, Kraftwerk Union AG

und als Vertreter

Dr. L. Bergemann,	Kernkraftwerke Gundremmingen
	Betriebsgesellschaft mbH
J. Zimmermann,	Kraftwerk Union AG
A. Pöschl,	Kernkraftwerke Gundremmingen
	Betriebsgesellschaft mbH.

IV./V.

3. Objektsicherungsbeauftragte

Für die Sicherung des KRB II sowie die örtliche Durchführung und Überwachung aller Objektsicherungsmaßnahmen im Sinne des § 7 Abs.2 Nr.5 Atomgesetz sind die im Schreiben der Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk II GbR vom 04.05.1983 für das KRB II benannten Personen als Sicherungsbeauftragte zuständig.

Ein Wechsel der in Nr.1 und 3 genannten Personen ist dem StMLU als Aufsichtsbehörde unter Vorlage der zur Überprüfung der Zuverlässigkeit und Fachkunde der neu zu bestellenden Personen notwendigen Nachweise unverzüglich anzuzeigen; er bedarf der Zustimmung des StMLU als Aufsichtsbehörde. Bezüglich der unter Nr.2 genannten Personen wird auf § 29 StrlSchV verwiesen.

V. Deckungsvorsorge

1. Die Inhaber der Kernanlage haben für die Erfüllung der gesetzlichen Schadensersatzverpflichtungen im Sinne des § 13 Abs.5 AtG, die sich für sie nach dem Pariser Übereinkommen in Verbindung mit § 25 Abs.1 bis Abs.5 AtG infolge eines nuklearen Ereignisses und infolge der ionisierenden Strahlen einer Strahlenquelle im Sinne des § 25 Abs.1 Satz 2 AtG aus dem genehmigten Umgang mit Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen ergeben, Deckungsvorsorge mit folgender Deckungssumme zu treffen:

44.700.000,- DM

(in Worten: Vierundvierzigmillionensiebenhunderttausend
Deutsche Mark)

V.

2. Die Deckungsvorsorge ist durch eine Haftpflichtversicherung zu erbringen.
- 2.1 Der Versicherungsvertrag der Haftpflichtversicherung hat den "Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Kernenergie-Haftpflichtversicherung von Atomanlagen (AHBAat)" in einer - auf der Grundlage des Entwurfs vom Mai 1965 - an die Haftungsverschärfung der 3. Novelle zum AtG vom 15.07.1975 (BGBl I S.1885) in Verbindung mit dem Pariser Übereinkommen anzupassenden, vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen noch zu genehmigenden Fassung mit folgender Maßgabe zu entsprechen:
 - 2.1.1 Die Deckungssumme muß für jedes Schadensereignis in voller Höhe zur Verfügung stehen oder nach näherer Maßgabe der nachfolgenden Nr.3.4 wieder aufgefüllt werden.
 - 2.1.2 Deckungsausschlüsse für Schäden infolge von Sabotage und Terrorakten sind unzulässig.
 - 2.1.3 Der Einschluß von Rettungskosten und sonstigen Schadensverhütungskosten in die Deckungssumme ist nicht zulässig.
- 2.2 Eine Neufestsetzung der Deckungsvorsorge bleibt für den Fall vorbehalten,
 - daß eine erhebliche Änderung der dieser Festsetzung zugrunde liegenden Verhältnisse eintritt und
 - daß bei Eintritt einer Verschärfung der gesetzlichen Haftung die hierfür bestehende vorläufige Deckung (§ 3 Abs.5 AHBAat) außer Kraft tritt.

V.

3. Die Inhaber der Kernanlage sind verpflichtet,
 - 3.1 Änderungen der Deckungsvorsorge nur mit vorheriger Zustimmung des StMLU vorzunehmen,
 - 3.2 jede ohne ihr Zutun eingetretene Änderung der Deckungsvorsorge und, soweit Schadensersatzverpflichtungen in Frage kommen, zu deren Erfüllung die Deckungsvorsorge oder die Freistellungsverpflichtung nach § 34 AtG bestimmt ist, jedes Schadensereignis, jede Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen und jede Leistung zur Erfüllung von Schadensersatzverpflichtungen dem StMLU unverzüglich anzuzeigen, sobald ihnen diese Umstände bekannt werden,
 - 3.3 dem StMLU auf dessen Aufforderung hin nachzuweisen, daß die Deckungsvorsorge in der festgesetzten Höhe und in dem festgesetzten Umfang vorhanden ist und
 - 3.4 die Deckungssumme, soweit sie nicht für jedes Schadensereignis in voller Höhe zur Verfügung steht, wieder aufzufüllen, wenn eine Minderung um mehr als 10 v.H. eingetreten oder aufgrund eines oder mehrerer eingetretener Schadensereignisse zu erwarten ist.
4. In Ergänzung des bereits vorgelegten Nachweises der Deckungsvorsorge vom 15.06.83 ist im Haftpflichtversicherungsvertrag für das KRB II ausdrücklich auf die Festsetzungen dieses Bescheids Bezug zu nehmen und der ergänzte Haftpflichtversicherungsvertrag dem StMLU unverzüglich vorzulegen.

VI./VII.

VI. Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften

1. Dieser Genehmigungsbescheid ergeht unbeschadet der Entscheidungen anderer Behörden, die für das Gesamtvorhaben oder für einzelne Teilvorhaben im Rahmen des Gesamtvorhabens aufgrund anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften erforderlich sind. Diese Entscheidungen sind dem StMLU jeweils unverzüglich vorzulegen.
2. Nebenbestimmungen, die sich über die Festlegungen des vorliegenden Genehmigungsbescheids hinaus aus den aufgrund anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften für das Gesamtvorhaben oder für einzelne Teilvorhaben im Rahmen des Gesamtvorhabens erforderlichen Entscheidungen anderer Behörden ergeben, bleiben unberührt.

VII. Gestattungen

1. Gemäß § 58 Abs.2 Satz 2 StrlSchV wird gestattet, daß der zuständige Strahlenschutzbeauftragte Besuchern den Zutritt zu Kontrollbereichen erlaubt. Die Besucher sind von orts- und sachkundigen Betriebsangehörigen, die vom StMLU einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen worden sind, zu begleiten und zu beaufsichtigen. Für jeden Besucher ist die Personendosis durch ein jederzeit ablesbares Dosimeter zu ermitteln und aufzuzeichnen.
2. Gemäß § 62 Abs.1 Satz 2 StrlSchV wird gestattet, daß die Körperdosen von Personen, die sich in Kontrollbereichen kurzfristig zu Instandhaltungsarbeiten aufhalten und dabei nicht mit radioaktiven Stoffen umgehen,

VII./VIII./IX./X.

nur mit jeweils einem jederzeit ablesbaren Dosimeter gemessen werden. Die festgestellten Dosiswerte sind aufzuzeichnen.

3. Die Gestattungen nach Nr.1 und Nr.2 können jederzeit widerrufen werden, wenn dies zum Schutz der betroffenen Personen oder aus sonstigen Gründen veranlaßt erscheint.

VIII. Vorbehalte

Es bleibt vorbehalten, Auflagen dieser Genehmigung zu ändern oder Auflagen festzusetzen, insbesondere aufgrund der Ergebnisse der Funktions- und Abnahmeprüfungen der in Abschnitt III.1 und III.2 aufgeführten Einrichtungen und Systeme.

IX. Kosten

1. Die Antragsteller haben die Kosten des Verfahrens als Gesamtschuldner zu tragen.
2. Die Gebühr für diese Genehmigung wird abschlagsweise auf 400.000,- DM (in Worten: Vierhunderttausend Deutsche Mark) festgesetzt. Die Gebührenfestsetzung für die Gesamtentscheidung über den Antrag auf Errichtung und Betrieb des KRB II bleibt einer späteren Kostenentscheidung vorbehalten.
3. Auslagen werden gesondert erhoben.

X. Sofortige Vollziehung

Die sofortige Vollziehung dieses Bescheids wird angeordnet.

Begründung

A. Sachverhalt

1. Bisheriger Ablauf des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens

Die Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE), die Bayernwerk AG (BAG), die Kraftwerk Union AG (KWU), die Hochtief AG, die Kernkraftwerk Gundremmingen Verwaltungsgesellschaft mbH und die mit Schreiben vom 09.03.1983 dem Genehmigungsverfahren beigetretene Kernkraftwerke Gundremmingen Betriebsgesellschaft mbH beabsichtigen, in Gundremmingen, Landkreis Günzburg, ein Kernkraftwerk als Doppelblockanlage mit 2 Siedewasserreaktoren der Baulinie 72 der Kraftwerk Union AG von 3.840 Megawatt (MW) thermischer Leistung je Block zu errichten und zu betreiben. Mit den bisher erteilten sieben Teilgenehmigungen des StMLU vom 16.07.1976 Nr.6341a9-VI/2, VII/2-23217, vom 22.12.1977 Nr.9209-VI/2-46716, vom 30.01.1980 Nr.9209-VI/2-4149, vom 10.02.1981 Nr.9209-VI/6-3572, vom 02.11.1981 Nr.9209-72-47731, vom 03.01.1983 Nr.9209-72,86-131 und vom 10.02.1983 Nr.9209-72-6187 wurde die Errichtung bestimmter Anlagenteile und Einrichtungen des KRB II genehmigt.

Bezüglich der Beschreibung der Doppelblockanlage, des Inhalts der o.g. Teilgenehmigungen im einzelnen sowie des bisher durchgeführten Genehmigungsverfahrens wird auf diese Genehmigungsbescheide verwiesen.

2. Ablauf des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens nach Erteilung der 7. Teilgenehmigung

Die Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk (KRB) II GbR hat mit Schreiben vom 09.03.1983 für die in Abschnitt I.1 genannten Antragsteller die Genehmigung zur Handhabung und Lagerung von unbestrahlten Brennelementen, Neutronen-

quellen und Neutronenflußmeßanlagen, zum Beladen des Reaktordruckbehälters und zur Durchführung von Prüfungen mit unterkritischem Kern im Block B sowie zum Umgang mit sonstigen radioaktiven Stoffen im Kernkraftwerk Gundremmingen II (KRB II) beantragt. Der beantragte Genehmigungsumfang ist im einzelnen in Abschnitt I. aufgeführt.

Für den Erstkern sollen 784 unbestrahlte Brennelemente und 32 unbestrahlte Brennelemente als Reservebrennelemente beim KRB II auf Lastkraftwagen angeliefert und mit hierfür vorgesehenen Transporteinrichtungen in das Reaktorgebäude Block B und dort in das Lager für neue Brennelemente befördert werden. Nach erfolgter Eingangskontrolle sollen die Brennelemente in der Bekastungsstation mit ihren Brennelementkästen versehen und anschließend in die jeweils vorgesehenen Lagerpositionen im Lager für neue Brennelemente abgestellt oder in das ungeflutete Brennelement-Lagerbecken transportiert und dort gelagert werden.

Die fünf für das Anfahren des Reaktors erforderlichen, mit Californium 252 bestückten Neutronenquellen sollen ebenfalls auf Lastkraftwagen angeliefert und mit den Brennelement-Transporteinrichtungen in das Reaktorgebäude gebracht werden. Sie werden dort in ihrem Transportbehälter im Transportbehälterbecken des Brennelement-Lagerbeckens abgestellt werden. Jede der fünf Californium 252-Neutronenquellen hat eine Gesamtaktivität von 4,74 GBq (0,128 Ci) und eine Quellstärke von maximal 5×10^8 Neutronen/Sekunde. Die Neutronenquellen werden spätestens gegen Ende des ersten Beladeschrittes bei geflutetem Reaktorkern in die vorgesehenen Kernpositionen eingesetzt.

Die Neutronenflußmeßblanzen, in die die Detektoren zur Neutronenflußmessung eingebaut sind, haben die Aufgabe, die beim späteren Betrieb im Reaktor erzeugte Leistung sowie die Leistungsdichteverteilung im Reaktorkern zu überwachen. Sie werden in ihrer Transportverpackung im Reaktorgebäude bis zum Einbringen in die vorgesehenen Positionen im Reaktordruckbehälter gelagert.

Zur Durchführung von Prüfungen mit unterkritischem Kern soll der Reaktordruckbehälter mit 784 unbestrahlten Brennelementen, davon 752 Brennelemente mit 8 x 8 Stabanordnung (Brennelementtyp 8 x 8) und 32 Brennelemente mit 9 x 9 Stabanordnung (Brennelementtyp 9 x 9), sowie mit fünf Neutronenquellen beladen werden. Die Beladung mit Brennelementen soll in zwei Beladeschritten erfolgen. Im ersten Beladeschritt wird die erste Hälfte der Brennelemente in Form eines Schachbrettmusters angeordnet, im zweiten Schritt erfolgt die Beladung bis zur vollständigen Kerngröße.

Zur ständigen Prüfung der Unterkritikalität während der Reaktordruckbehälterbeladung sowie zum Nachweis einer ausreichenden Abschaltreaktivität sind Funktions- und Unterkritikalitätsprüfungen durch Verfahren entsprechenden der Steuerstäbe vorgesehen.

Die radioaktiven Stoffe gemäß Abschnitt I.1.4.1 werden als offene und umschlossene Präparate für die regelmäßige Kalibrierung und Funktionsprüfung von Aktivitäts- und Strahlungsmeß- und -Überwachungseinrichtungen im KRB II benötigt. Die radioaktiven Stoffe gemäß Abschnitt I.1.4.2 werden als offene Präparate zur Funktionsprüfung der Aktivkohlefilter im Lüftungssystem (Jod 131) und der Verzögerungsstrecke im Abgassystem (Krypton 85) während der nichtnuklearen Inbetriebsetzungsphase eingesetzt.

3. Gutachten und Stellungnahmen der nach § 20 Atomgesetz zugezogenen Sachverständigen

Der Technische Überwachungs-Verein Bayern e.V. (TÜV Bayern) und die Gesellschaft für Reaktorsicherheit mbH (GRS) haben sich als Sachverständige der Genehmigungsbehörde nach § 20 AtG zur 8. Teilgenehmigung gutachtlich geäußert. Im Rahmen des projektbegleitenden Genehmigungsauftrags hat der TÜV Bayern hierzu das "Gutachten zur erstmaligen Handhabung und Lagerung von unbestrahlten Brennelementen, Neutronenquellen und Neutronenflußmeßblanzen sowie zur erstmaligen Beladung des Reaktordruckbehälters und zur Durchführung von Versuchen mit unterkritischem Kern im Kernkraftwerk Gundremmingen II (KRB II) Block B für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren" vom 28.04.83 sowie eine Reihe weiterer Gutachten und Stellungnahmen erstellt, die - soweit sie für die vorliegende Genehmigung von Bedeutung sind - in Abschnitt II. aufgeführt sind.

Zur Beurteilung der Anlagensicherung wurde von der GRS die "Stellungnahme zum Sicherheitskonzept zur Einlagerung unbestrahlter Brennelemente im Reaktorgebäude und zur Erstkernbeladung (8. TEG)" vom 10.05.83 vorgelegt.

4. Einwendungen

Die erhobenen Einwendungen gegen die Errichtung und den Betrieb des KRB II wurden, soweit sie nicht inhaltlich berücksichtigt worden sind, bereits in der 1. Teilerrichtungs-genehmigung vom 16.07.76 als unbegründet zurückgewiesen bzw. als unzulässig verworfen.

Die Behandlung der Einwendungen, die gegen die Erhöhung der Lagerkapazität der Brennelement-Lagerbecken gerichtet waren, geht aus der 7. Teilgenehmigung vom 10.02.83 hervor.

Speziell gegen den Genehmigungsgegenstand dieses Bescheids gerichtete Einwendungen sind nicht vorgebracht worden.

B. Rechtliche und sicherheitstechnische Würdigung

Diese Teilgenehmigung kann mit den in diesem Bescheid festgesetzten Nebenbestimmungen erteilt werden, weil

- die verfahrensmäßigen Voraussetzungen des Atomgesetzes (AtG) und der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) und die Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 AtG erfüllt sind,
- im Rahmen der Ermessensentscheidung nach § 7 Abs.2 AtG keine Gründe ersichtlich sind, die der beantragten Genehmigung entgegenstehen,
- eine vorläufige Prüfung ergeben hat, daß die Genehmigungsvoraussetzungen im Hinblick auf den Betrieb der gesamten Anlage vorliegen werden (§ 18 Abs.2 AtVfV) und
- die übrigen Öffentlich-rechtlichen Vorschriften beachtet sind (§ 14 AtVfV).

Im einzelnen wird dies wie folgt begründet:

1. Rechtsgrundlage der Genehmigung

Für den in Abschnitt I.1.1, I.1.2 und I.1.3 aufgeführten Umgang mit Brennelementen, Neutronenquellen und Neutronenflußmeßanlagen im Kernkraftwerk Gundremmingen II, Block B, ist eine Genehmigung nach § 7 AtG in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.10.1976 (BGBl I S.3053), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.08.1980 (BGBl I S.1556), erforderlich.

Rechtsgrundlage für die Genehmigung zum Umgang mit den sonstigen radioaktiven Stoffen gemäß Abschnitt I.1.4 ist § 7 AtG in Verbindung mit § 3 Abs.2 der Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) vom 13.10.76 (BGBl I S.2905), zuletzt geändert durch die Erste Änderungsverordnung vom 22.05.81 (BGBl I S. 445). Die Genehmigung ist allen Antragstellern zu erteilen, nämlich der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, der Bayernwerk AG, der Kraftwerk Union AG, der Hochtief AG, der Kernkraftwerk Gundremmingen Verwaltungsgesellschaft mbH und der Kernkraftwerke Gundremmingen Betriebsgesellschaft mbH.

Zuständig für die Erteilung der Genehmigung ist das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU) im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien für Arbeit und Sozialordnung und für Wirtschaft und Verkehr (vgl. § 24 Abs.2 Satz 1 AtG i.V.m. § 1 der Verordnung über die Zuständigkeiten zum Vollzug atomrechtlicher Vorschriften (AtZustV) vom 03.05.1977 (GVBl S.160)). Zuständig für die besonderen Festlegungen, Anordnungen und Gestattungen nach der StrlSchV ist das StMLU allein (s. § 5 Abs.1 AtZustV).

2. Verfahrensmäßige Voraussetzungen

Die Verfahrensvorschriften des AtG und der AtVfV in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.03.82 (BGBl I S.411) sind beachtet.

Das Vorhaben der Errichtung und des Betriebs des KRB II ist durch Bekanntmachung des StMLU vom 27.12.1974 umfassend der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Die vorgeschriebenen Fristen für die Auslegung der Unterlagen und die Abhaltung des Erörterungstermins wurden eingehalten. Für die Einzelheiten wird auf die ausführliche Darstellung in der 1. Teilgenehmigung vom 16.07.1976 verwiesen.

Zur Erteilung der 8. Teilgenehmigung bedurfte es keiner erneuten Bekanntmachung und Auslegung der Antragsunterlagen (§ 4 Abs. 1 Satz 2 AtVfV), weil im Verfahren für die Genehmigung zur Errichtung der Anlage, einschließlich des Kompaktlagers, bereits früher entsprechende Bekanntmachungen, Auslegungen und Erörterungen stattgefunden haben.

Im Genehmigungsverfahren sind alle Behörden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der sonstigen Gebietskörperschaften, deren Zuständigkeitsbereich durch das Vorhaben berührt wird, beteiligt worden. Bedenken, die der Erteilung dieser Genehmigung entgegenstehen, wurden im Rahmen der Behördenbeteiligung nicht geäußert.

Die bisherigen, aufgrund der 1. bis 7. Teilgenehmigung durchgeführten Maßnahmen sind ordnungsgemäß und entsprechend den Auflagen in diesen Teilgenehmigungsbescheiden abgewickelt worden. Änderungen des Vorhabens, die nachteilige Auswirkungen für Dritte aufgrund zusätzlicher oder anderer Umstände besorgen ließen, die erneut in einem Sicherheitsbericht darzulegen wären (s. § 4 Abs. 2 AtVfV), sind während des Genehmigungsverfahrens nicht vorgenommen worden und auch im Rahmen der 8. Teilgenehmigung nicht vorgesehen. Sonstige, im Zuge der Anlagenerrichtung erforderliche Änderungen wurden vom TÜV Bayern geprüft und positiv bewertet.

3. Genehmigungsvoraussetzungen nach § 7 Abs. 2 AtG

3.1 Zuverlässigkeit der Antragsteller und der verantwortlichen Personen sowie Fachkunde der verantwortlichen Personen (§ 7 Abs. 2 Nr. 1 AtG)

Es liegen keine Tatsachen vor, aus denen sich Bedenken gegen die Zuverlässigkeit der Antragsteller und der von ihnen für die Errichtung und Inbetriebnahme der Anlage

benannten verantwortlichen Personen (s. Abschnitt IV.) ergeben. Das von den Antragstellern der Genehmigungsbehörde als verantwortlich benannte Personal ist einer vorbeugenden Sicherheitsüberprüfung unterzogen worden. Die verantwortlichen Personen besitzen nach Vorbildung und bisheriger beruflicher Tätigkeit die erforderliche Fachkunde.

3.2 Notwendige Kenntnisse der sonst tätigen Personen (§ 7 Abs. 2 Nr. 2 AtG)

Die Prüfung der Unterlagen hat ergeben, daß die im Rahmen dieser Genehmigung sonst tätigen Personen aufgrund ihrer Vorbildung, der Belehrungen und der Einweisungen vor Ort die notwendigen Kenntnisse über den Umgang mit den in Abschnitt I. aufgeführten Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen, die möglichen Gefahren und die anzuwendenden Schutzmaßnahmen besitzen.

3.3 Nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden (§ 7 Abs. 2 Nr. 3 AtG)

Die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch die genehmigte Handhabung und Lagerung der unbestrahlten Brennelemente, Neutronenquellen und Neutronenflußmeßblenden, deren Einsetzen in den Reaktordruckbehälter und die Durchführung von Prüfungen mit unterkritischem Kern im Block B sowie den Umgang mit den sonstigen radioaktiven Stoffen im KRB II ist bei Einhaltung der Nebenbestimmungen des vorliegenden Genehmigungsbescheids und der bisher erteilten Teilgenehmigungsbescheide getroffen. Der genehmigte Umgang mit Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen gemäß Abschnitt I. 1 wird so vorgenommen, daß weder bei normalem Betriebsablauf noch bei den in Betracht zu ziehenden Störfällen eine Gefahr für Leben, Gesundheit und Sachgüter einzelner Personen oder der Allgemeinheit zu befürchten ist.

Insbesondere ist durch die konstruktive Auslegung der benötigten Einrichtungen und die vorgesehenen Sicherheitsvorkehrungen gewährleistet, daß die Brennelemente während der gesamten geplanten Tätigkeiten sicher im unterkritischen Zustand gehalten werden. Damit können in den Brennelementen keine nennenswerten Mengen radioaktiver Spaltprodukte oder Aktivierungsprodukte entstehen. Bei den vorgesehenen Tätigkeiten kann deshalb selbst bei den in Betracht zu ziehenden Störfällen keine unzulässige Abgabe radioaktiver Stoffe an die Umgebung stattfinden.

Aus den Neutronenquellen ist konstruktionsbedingt eine Freisetzung von radioaktiven Stoffen nicht möglich.

Hinsichtlich der Handhabung der unbestrahlten Neutronenflußmeßanlagen sind aufgrund der geringen Aktivität der eingebauten Detektoren keine besonderen Schutzmaßnahmen erforderlich.

Alle möglicherweise radioaktiv kontaminierten Wasser verbleiben ausschließlich im Kontrollbereich. Eine Abgabe nach außen findet nicht statt.

Die Funktionsprüfungen an der Verzögerungsstrecke im Abgassystem mit Krypton 85 und der Aktivkohlefilter im Lüftungssystem mit Jod 131 werden so durchgeführt, daß die zulässigen Grenzwerte nach § 46 Abs.3 StrlSchV sicher unterschritten werden. Die damit verbundene Abgabe radioaktiver Stoffe mit der Luft wird entsprechend der sicherheitstechnischen Regel des Kerntechnischen Ausschusses KTA 1503.1 überwacht.

Die Erfüllung der erforderlichen Schadensvorsorge wurde durch die nachfolgenden gutachtlichen Äußerungen bestätigt.

- 3.3.1 Der TÜV Bayern, der als Sachverständiger der Genehmigungsbehörde gemäß § 20 AtG mit der sicherheitstechnischen Begutachtung und Prüfung der Anlage beauftragt ist, hat sich bereits in seinem Errichtungsgutachten und in seinen Teilerrichtungsgutachten für die 2. bis 7. Teilgenehmigung (s. Abschnitt II.) mit den Sicherheitsfragen befaßt, die sich für die Errichtung der Anlage ergeben; hierbei hat er keine grundsätzlichen Bedenken erhoben.

Der TÜV Bayern hat sich in Fortsetzung der sicherheitstechnischen Begutachtung und Prüfung der Anlage in seinem Teilerrichtungsgutachten für die 8. Teilgenehmigung (s. Abschnitt II.11) auftragsgemäß mit den Sicherheitsfragen befaßt, die sich für die erstmalige Handhabung und Lagerung von unbestrahlten Brennelementen, Neutronenquellen und Neutronenflußmeßanlagen sowie zur erstmaligen Beladung des Reaktordruckbehälters und zur Durchführung von Versuchen mit unterkritischem Kern im Kernkraftwerk Gundremmingen II, Block B, ergeben. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß aufgrund der durchgeführten Prüfungen die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden getroffen ist. In dem Gutachten zur 8. Teilgenehmigung ist dies überzeugend und schlüssig dargelegt worden. Die besondere Fachkunde des TÜV Bayern ergibt sich insbesondere daraus, daß dieser seit vielen Jahren mit der sicherheitstechnischen Begutachtung kerntechnischer Anlagen befaßt ist.

Die im Teilerrichtungsgutachten für die 8. Teilgenehmigung enthaltenen Gutachtensbedingungen des TÜV Bayern wurden im vorliegenden Genehmigungsbescheid in Form von Auflagen (Abschnitt III.) berücksichtigt.

- 3.3.2 Die im Schreiben des Bundesministers des Innern vom 29.12.75 zur Errichtung der Anlage erhobenen sicherheitstechnischen Forderungen sind, soweit sie für den vorliegenden Genehmigungsbescheid erheblich sind, erfüllt.

3.4 Deckungsvorsorge (§ 7 Abs.2 Nr.4 AtG)

Die Deckungssumme für die Handhabung und Lagerung von unbestrahlten Brennelementen, Neutronenquellen und Neutronenflußmeßanlagen und den Umgang mit sonstigen radioaktiven Stoffen sowie das Beladen des Reaktordruckbehälters war, da der Reaktor nicht in einen Zustand mit kritischem Kern gebracht werden kann, gemäß § 7, § 8 Abs.1, § 9 Abs.1 der Verordnung über die Deckungsvorsorge nach dem Atomgesetz (AtDeckV) vom 25.01.77 (BGBl I S. 220) festzusetzen. Die unter Abschnitt V. festgesetzten Auflagen beruhen auf den §§ 2, 4, 5 und 6 AtDeckV. Die Antragsteller haben die erforderliche Vorsorge für die Erfüllung gesetzlicher Schadensersatzverpflichtungen durch den Abschluß einer Haftpflichtversicherung in Höhe von 44.700.000,-- DM nachgewiesen.

- 3.5 Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter (§ 7 Abs.2 Nr.5 AtG)

Der erforderliche Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter auf die Anlage ist durch die

in Abschnitt VI.20 bis 22 des 1. Teilgenehmigungsbescheids, jeweils in den Abschnitten IV. des 2. bis 4. Teilgenehmigungsbescheids sowie in Abschnitt III.19 und 20 dieses Teilgenehmigungsbescheids angeordneten Maßnahmen baulich-technischer und administrativ-organisatorischer Art gewährleistet. Das gesamte Kraftwerksge-lände ist eingezäunt und kann nur über kontrollierte Zugänge betreten und verlassen werden. Die Anlage wird durch einen leistungsstarken, bewaffneten Werkschutz gegen unbefugtes Betreten Tag und Nacht bewacht.

- 3.6 Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens (§ 7 Abs.2 Nr.6 AtG)

Die Frage, ob überwiegende öffentliche Interessen, insbesondere im Hinblick auf die Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens der Wahl des Standortes des Kernkraftwerks entgegenstehen, wurde bereits bei der Erteilung der 1. Teilgenehmigung eingehend geprüft und verneint. Der TÜV Bayern kommt in seinem Teilerrichtungsgutachten zur 8. Teilgenehmigung zu dem Ergebnis, daß die erforderlichen Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft, des Wassers und des Bodens auch für diese Genehmigung getroffen sind.

Eine nennenswerte Abgabe radioaktiver Stoffe an die Umgebungsluft findet nicht statt, da die unbestrahlten Brennelemente bei den vorgesehenen Tätigkeiten und den zu unterstellenden Störfällen mit Sicherheit im unterkritischen Zustand gehalten werden.

Möglicherweise radioaktiv kontaminierte Wässer verbleiben ausschließlich im Kontrollbereich und werden nicht an die Umgebung abgegeben. Die mit den Funktionsprüfungen der Verzögerungsstrecke im Abgassystem und der Aktivkohlefilter im Lüftungssystem verbundene Abgabe radioaktiver Stoffe mit der Luft bleibt erheblich unter

den zulässigen Werten nach § 46 StrlSchV. Gegebenenfalls anfallende radioaktive Abfälle werden gesammelt und in hierfür bestimmten Räumen aufbewahrt. Eine Beeinträchtigung Dritter ist somit ausgeschlossen.

4. Ermessensentscheidung nach § 7 Abs. 2 AtG¹

Auf die Erteilung einer atomrechtlichen Genehmigung nach § 7 AtG besteht zwar kein Rechtsanspruch. Das StMLU konnte jedoch die 8. Teilgenehmigung erteilen, weil - abgesehen von der Erfüllung der Genehmigungsvoraussetzungen - auch keine besonderen Umstände vorliegen, die es geboten erscheinen ließen, aus Gründen der in § 1 AtG normierten Schutzzwecke des AtG die Genehmigung zu ver-sagen.

Bei der Ermessensentscheidung war außerdem zu berücksichtigen, daß durch die bisher erteilten Teilgenehmigungen ein erheblicher Vertrauensschutz für die Antragsteller geschaffen worden ist. Insbesondere spricht auch die Notwendigkeit der Entsorgungsvorsorge im konkreten Fall nicht gegen die Erteilung der 8. Teilgenehmigung.

Nach § 9 a Abs. 1 AtG besteht für denjenigen, der eine kerntechnische Anlage errichtet und betreibt, die Verpflichtung, für die schadlose Verwertung von anfallenden radioaktiven Reststoffen (dazu gehören insbesondere die abgebrannten Brennelemente) oder ggf. für deren geordnete Beseitigung als radioaktive Abfälle zu sorgen.

In Erfüllung dieser Verpflichtung haben die Antragsteller im Verlauf des bisherigen Genehmigungsverfahrens zur Errichtung der Anlage die beabsichtigten Vorkehrungen zur Entsorgung des KRB II zunehmend konkretisiert. Im einzelnen ist hierzu festzustellen:

Durch die mit dem 7. Teilgenehmigungsbescheid genehmigte Erhöhung der Kapazität der Brennelement-Lagerbecken durch Einbau von Kompaktlagergestellen wird die Aufnahme der abgebrannten Brennelemente, die beim Betrieb in etwa 12 Jahren anfallen, ermöglicht. Ausgehend von den voraussichtlichen Inbetriebnahmetermenen der beiden Kraftwerksblöcke besteht damit die Möglichkeit, die anfallenden Entladechargen mindestens bis Ende 1997 ohne weitere Entsorgung aufzunehmen. Hierbei ist bereits berücksichtigt, daß Lagermöglichkeiten für jeweils eine Vollaussladung des Reaktorkerns freigehalten werden.

Als weitere Entsorgungsvorsorge für die beiden Kraftwerksblöcke haben die Antragsteller bereits vor Erteilung der 3. Teilgenehmigung durch Abschluß von Verträgen mit dem französischen Unternehmen COGEMA die Abnahme von 160 t abgebrannten Brennelementen zur Wiederaufarbeitung vertraglich sichergestellt (s. Abschnitt B.3.3 des 3. Teilgenehmigungsbescheids vom 30.01.80). Durch die Übernahme einer zusätzlichen Wiederaufarbeitungsmenge von 40 t Kernbrennstoff hat sich das bei der Firma COGEMA vertraglich vereinbarte Entsorgungsvolumen auf insgesamt 200 t erhöht. Eine weitere vertragliche Vereinbarung über eine Entsorgungsmenge von 72 t Kernbrennstoff wurde im März 1983 mit dem britischen Unternehmen BNFL getroffen, so daß das über ausländische Verträge gesicherte Entsorgungsvolumen für das KRB II 272 t umfaßt. In Verbindung mit der Nutzung der Kompaktlagergestelle ist damit der Betrieb für beide Blöcke des Kernkraftwerks bis zum Jahre 2001 gewährleistet. Zu diesem Zeitpunkt sollen gemäß dem Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 28.09.79 die nach dem deutschen Entsorgungskonzept vorgesehenen oberirdischen Fabrikationsanlagen sowie die Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung der radioaktiven Abfälle zur Verfügung stehen.

Die von den Antragstellern eingeleiteten Vorkehrungen zur Entsorgungsvorsorge sowie die Planungen im Rahmen des Entsorgungskonzepts der Bundesrepublik Deutschland lassen mit hinreichender Wahrscheinlichkeit eine ausreichende Entsorgung des KRB II erwarten. Die dargelegten Entsorgungsmaßnahmen entsprechen den in den "Grundsätzen zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke" vom 29.02.80 (BANz. Nr. 58 vom 22.03.80) niedergelegten Anforderungen.

Unbeschadet der bisher getroffenen Entsorgungsvorsorge werden weitere Teilgenehmigungen jedoch nur erteilt werden, wenn eine erneute Prüfung der Entsorgungssituation weiterhin ein positives Gesamtergebnis ermöglicht. Den Antragstellern wurde auferlegt, die zum Nachweis der Entsorgungsvorsorge vorgelegten Unterlagen im weiteren atomrechtlichen Genehmigungsverfahren fortlaufend zu konkretisieren und eine erhebliche Veränderung der Entsorgungsvorsorge dem StMLU unverzüglich mitzuteilen (s. Abschnitt III.17).

5. Vorläufiges positives Gesamturteil

Zum Betrieb der beiden Blöcke des KRB II sind weitere atomrechtliche Teilgenehmigungen erforderlich. Vorläufige Prüfungen haben ergeben, daß der Erteilung dieser künftigen Teilgenehmigungen nach der gegenwärtigen Sach- und Rechtslage keine von vornherein unüberwindlichen rechtlichen und technischen Hindernisse entgegenstehen.

Aufgrund des Ablaufs des bisherigen Genehmigungsverfahrens sowie der im Zuge der Anlagenerrichtung mit positivem Ergebnis bisher durchgeführten baubegleitenden Prüfungen ist zu erwarten, daß die Genehmigungsvoraussetzungen des AtG auch weiterhin erfüllt werden können.

Angesichts der komplexen Materie und der langen Errichtungszeit für das KRB II ist eine Abwicklung des Genehmigungsverfahrens in Teilgenehmigungen geboten.

Die Aufteilung erlaubt insbesondere eine detaillierte und abschließende Beurteilung des Teilgenehmigungsumfangs sowie die Berücksichtigung des letztgültigen Stands von Wissenschaft und Technik im erforderlichen Umfang.

6. Nebenbestimmungen

Die in Abschnitt III. angeordneten Nebenbestimmungen haben ihre Rechtsgrundlage in § 17 Abs.1 Satz 2 AtG, wonach Genehmigungen und allgemeine Zulassungen nach dem Atomgesetz inhaltlich beschränkt und mit Auflagen verbunden werden können.

- 6.1 Aufgrund der bisher durchgeführten Prüfungen und Begutachtungen steht fest, daß zum Zeitpunkt der Erteilung dieses Bescheids die Genehmigungsvoraussetzungen für die unter Abschnitt I. genehmigten Maßnahmen erfüllt sind.

Die Nebenbestimmungen Nr.1 - 8 sollen insbesondere sicherstellen, daß diese Beurteilung im Zuge der abschnittswisen Realisierung der genehmigten Tätigkeiten weiterhin aufrechterhalten werden kann.

- 6.2 Die Auflagen Nr.9 - 15 haben den Zweck, den bestmöglichen Schutz für Leben und Gesundheit des Betriebspersonals und Dritter vor der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlen zu gewährleisten.

- 6.3 Die Auflagen zur Entsorgungsvorsorge waren nötig, um die im Rahmen des Ermessens getroffene, positive Entscheidung fortlaufend überprüfen zu können.

7. Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften

Die außer den Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 Abs. 2 AtG für die Handhabung und Lagerung von unbestrahlten Brennelementen, Neutronenquellen und Neutronenflußmeßlanzen, das Beladen des Reaktordruckbehälters und die Durchführung von Prüfungen mit unterkritischem Kern im Block B sowie den Umgang mit sonstigen radioaktiven Stoffen im KRB II in Betracht kommenden sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften (s. Abschnitt E.3 des 1. Teilgenehmigungsbescheids) sind weiterhin beachtet (s. § 14 AtVfV).

C. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung in Abschnitt IX.1 beruht auf den Vorschriften des § 21 Abs.1 Nr.1, Abs.2 und 3 AtG i.V. mit § 1, § 2 Satz 1 Nr.1. Buchst.a AtKostV vom 17.12.1981 (BGBl I S.1457). Gemäß § 13 Abs.1 Nr.1 und Abs.2 VwKostG vom 23.6.1970 (BGBl I S.821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.12.1976 (BGBl I S.3341), haben die Antragsteller die Kosten des Verfahrens als Gesamtschuldner zu tragen.

Die in Abschnitt IX.2 festgesetzte Gebühr wird als Abschlag auf die endgültige Gebühr erhoben, die zwei von Tausend der anrechnungsfähigen Errichtungskosten für die gesamte Anlage beträgt (§ 2 Nr.1a, § 3 AtKostV). Die endgültige Festsetzung der Höhe der Gebührenschuld für die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb der gesamten Anlage bleibt der abschließenden Entscheidung im Genehmigungsverfahren nach § 7 AtG vorbehalten.

Neben der Verwaltungsgebühr sind die Auslagen des Genehmigungsverfahrens (§ 21 Abs.1 und Abs.2 AtG, § 10 VwKostG), insbesondere die Aufwendungen für die zugezogenen Sachverständigen, zu erstatten. Diese werden jeweils gesondert erhoben.

D. Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung des vorliegenden Bescheids gemäß § 80 Abs.2 Nr.4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 21.1.60 (BGBl I S.17) ist sowohl im öffentlichen Interesse als auch im überwiegenden Interesse der beteiligten Energieversorgungsunternehmen RWE AG und BAG geboten.

1. Nach dem gegenwärtigen Stand der Arbeiten ist die Anlieferung der Brennelemente ab Juli 1983, der Leistungsbetrieb von KRB II, Block B, im Dezember 1984 und von KRB II, Block C, im Oktober 1985 geplant. Diese Termine können nur dann gehalten werden, wenn die mit diesem Bescheid zu genehmigenden Arbeiten unmittelbar nach dessen Erteilung in Angriff genommen werden können. Dies wäre ohne die Anordnung der sofortigen Vollziehung im Falle einer Anfechtungsklage wegen deren aufschiebender Wirkung (§ 80 Abs. 1 VwGO) nicht möglich. Dadurch würde sich auch die noch zu genehmigende Betriebsaufnahme der beiden Kernkraftwerksblöcke verzögern. Aus folgenden Gründen wäre dies sowohl im öffentlichen Interesse als auch im überwiegenden Interesse der Antragsteller RWE AG und BAG nicht vertretbar:

1.1 Das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung ist darin begründet, daß

1.1.1 durch eine möglichst umgehende Inbetriebnahme des KRB II und die dadurch bewirkte Vergrößerung des Anteils der Kernenergie an der Energiebedarfsdeckung sowohl die Sicherheit der Energieversorgung im allgemeinen als auch der Stromversorgung im besonderen erhöht wird,

1.1.2 jede Verzögerung der Inbetriebnahme des KRB II zu beträchtlichen Mehrkosten führt, die eine gesamtwirtschaftlich nachteilige Erhöhung der Strompreise in den Versorgungsbereichen der antragstellenden Elektrizitätsversorgungsunternehmen nach sich ziehen müßten und

1.1.3 durch eine möglichst umgehende Inbetriebnahme des KRB II die Umweltbelastungen bei der Stromerzeugung verringert werden.

Die Gründe 1.1.1 und 1.1.2 sind in den Begründungen für die Anordnung der sofortigen Vollziehung der vorangegangenen Teilgenehmigungsbescheide (TGB), insbesondere des 5. TGB, bereits ausführlich dargelegt worden; die dortigen Ausführungen gelten im wesentlichen auch heute. Aus heutiger Sicht sind insbesondere folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

Zu 1.1.1

Eine ausgewogene Struktur bei der Energieversorgung ist seit Jahren eines der wichtigsten gemeinsamen energiepolitischen Ziele aller von Energieimporten abhängigen Industrieländer. Um die derzeit noch zu hohe Abhängigkeit vom Erdöl weiter zu vermindern - trotz aller Einspar- und Substitutionsbemühungen betrug der Anteil des Mineralöls am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik Deutschland 1981 rd. 45 % und in Bayern knapp 60 % -, kommen insbesondere Kernenergie, Kohle und Erdgas in Betracht. Die Bundesregierung hat in der Dritten Fortschreibung ihres Energieprogramms vom 4.11.1981 deutlich darauf hingewiesen, daß verstärkte Beiträge von Kohle, Kernenergie und Erdgas zur Erhöhung der Versorgungssicherheit unabdingbar sind (Tz. 30 -32). Bis Mitte der 90er Jahre sollen

Kohle, Öl und übrige Energieträger (Erdgas, regenerative Energiequellen und Kernenergie) zu jeweils rund einem Drittel zur Energiebedarfsdeckung beitragen (Tz. 20). Zur Erreichung dieses Ziels bezeichnet es die Bundesregierung u.a. als erforderlich, daß die Kernenergie einen weiter steigenden Beitrag zur Stromerzeugung in der Grundlast leistet (Tz. 79). Ein größerer Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung setzt insbesondere die zügige Fertigstellung im Bau befindlicher Kernkraftwerke, darunter auch des KRB II, voraus.

Darüber hinaus müssen jeden Tag, an dem das KRB II nicht in Betrieb ist, somit das - anderweitig nicht verwertbare - Uran nicht genutzt werden kann, bei der Stromerzeugung mehr fossile Brennstoffe als unbedingt erforderlich verfeuert werden, Energieträger also, die in anderen Verbrauchsbereichen nahezu unersetzbar sind oder die als wertvolle Rohstoffe für eine Vielzahl hochwertiger Produkte dienen könnten.

Da diese fossilen Energieträger insbesondere unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nur begrenzt verfügbar sind und mit Mineralöl und Erdgas gerade diejenigen in besonders starkem Maße eingesetzt werden müssen, deren Reserven den geringsten Umfang besitzen, gebietet es die Verantwortung für spätere Generationen, die an diesen Energieträgern ebenfalls partizipieren müssen, diese fossilen Energieträger durch den Einsatz anderer Energieträger so weit wie möglich zu schonen.

Das öffentliche Interesse, die Sicherheit der Energieversorgung möglichst rasch zu erhöhen sowie auch die langfristige Versorgung mit heute bereits begrenzt erscheinenden Energieträgern nach Kräften zu sichern, gebietet, die Möglichkeiten der Kernenergie so schnell wie möglich zu nutzen. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn u.a. auch das KRB II rasch fertiggestellt und in Betrieb genommen wird.

Die friedliche Nutzung der Kernenergie trägt im besonderen Maß zur Erhöhung der Versorgungssicherheit bei der Stromversorgung bei. Im Gegensatz zur Öl-, Gas- und Kohlever-sorgung bleiben bei der Uranversorgung auch mittelfristige Lieferstörungen schon deshalb ohne Folgen, weil Kernkraftwerke ein lange reichendes Brennstoffinventar besitzen und ohne kontinuierliche Brennstoffbelieferung über Jahre hin weiterbetrieben werden können. Außerdem sind zusätzliche Uranvorräte vorhanden bzw. wesentlich kostengünstiger anzulegen als entsprechende Vorräte bei anderen Energieträgern. Das öffentliche Interesse an einer möglichst gesicherten Stromversorgung gebietet daher, das KRB II so bald wie möglich in Betrieb zu nehmen.

Zu 1.1.2

Im öffentlichen Interesse muß die Elektrizitätsversorgung eines Landes nicht nur möglichst sicher, sondern auch möglichst preisgünstig sein. Dies gilt insbesondere für exportorientierte Industrieländer wie die Bundesrepublik Deutschland. Zwar beeinflussen die Strompreise die Produktionskosten einzelner Wirtschaftszweige in sehr unterschiedlicher Weise; vergleichsweise höhere Strompreise führen aber insgesamt zu einer Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Die Strompreise gewinnen insbesondere dann an Bedeutung, wenn die übrigen Produktionskosten international über dem Durchschnitt liegen, wie dies in der Bundesrepublik Deutschland in vielen Bereichen der Fall ist.

In der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland muß erfahrungsgemäß etwa die Hälfte der insgesamt erforderlichen Kraftwerksleistung im sog. Grundlastbereich, d.h. zwischen 5000 und 7000 Betriebsstunden pro Jahr eingesetzt werden. Nachgewiesenermaßen erzeugen Laufwasser-, Braunkohle- und Kernkraftwerke den Strom in diesem Bereich am kostengünstigsten. Da der Anteil dieser Kraftwerke derzeit jedoch deutlich unter 50 %

der insgesamt erforderlichen Kraftwerksleistung liegt, müssen im Grundlastbereich heute weniger kostengünstig arbeitende Kraftwerke eingesetzt werden. Nach Untersuchungen, die führende energiewirtschaftliche Institute im Rahmen der Dritten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung durchgeführt haben, läßt sich eine kostenoptimale Stromerzeugungsstruktur nur dann erreichen, wenn der Anteil der Kernenergie über die derzeit in Betrieb befindlichen Anlagen hinaus erheblich vergrößert wird. Die Bundesregierung stellt in der Dritten Fortschreibung dazu ausdrücklich fest, daß "ein größerer Anteil von kostengünstigerem Strom aus Kernkraftwerken die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken würde" (Tz. 14). Die auch von der Bayerischen Staatsregierung für dringend erforderlich gehaltene Umstrukturierung des Kraftwerksparks kann aber nur dann rasch durchgeführt werden, wenn die in Bau befindlichen Kernkraftwerke, also auch das KRB II, ungehindert fertiggestellt und in Betrieb genommen werden können.

Dies ist im Hinblick auf eine möglichst preisgünstige Stromversorgung umso dringender, je mehr sich in Bau befindliche Kernkraftwerke ihrer Fertigstellung nähern. Die Struktur der Stromerzeugungskosten bei Kernkraftwerken unterscheidet sich nämlich erheblich von der konventioneller Wärmekraftwerke, die im Grundlastbereich arbeiten. Während bei Kernkraftwerken rd. 3/4 der Stromerzeugungskosten feste Kosten, z.B. für Kapitaleinsatz, Versicherungen, Personal sind, d.h. nur rd. 1/4 der Kosten auf variable Kosten entfallen, ist das Verhältnis von festen Kosten zu beweglichen Kosten bei der insgesamt teureren konventionellen Stromerzeugung mit etwa 1/4 zu 3/4 genau umgekehrt. Dies bedeutet, daß der Stromverbraucher bei einem fast fertiggestellten Kernkraftwerk wie KRB II bereits nahezu die gesamten Fixkosten zu tragen hat, die Vorteile der niedrigeren Betriebskosten des Kernkraftwerks aber nicht nutzen

kann. Würde die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks über den technisch frühestmöglichen Zeitpunkt beispielsweise infolge der aufschiebenden Wirkung einer gegen diesen Bescheid erhobenen Klage hinaus verzögert, so müßte der bei unverzügter Inbetriebnahme an sich zu niedrigen Betriebskosten erzeugbare Kernenergiestrom durch Strom aus Steinkohle-, Erdgas- und Ölkraftwerken ersetzt werden. Dies würde bei einer mit KRB II (Block B und C) jährlich möglichen Stromerzeugung von rd. 16 Mrd. Kilowattstunden zu Strombeschaffungsmehrkosten von rd. 1,2 Mrd. DM pro Jahr führen. Hinzu kämen bauzeitbedingte Verzögerungskosten (z.B. durch Preisgleitung, Zinsleistungen, Konservierungsmaßnahmen, Vorhaltung von Baustellenpersonal etc.) in Höhe von rd. 900 Mio DM pro Jahr. Jährliche Mehrkosten von über 2 Mrd. DM würden dem öffentlichen Interesse an einer möglichst kostengünstigen Stromversorgung zuwiderlaufen. Um sie sicher zu vermeiden, ist die Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit der 8. Teilgenehmigung notwendig.

1.1.3

Verzögerungen bei der Inbetriebnahme des KRB II würden dazu führen, daß der vom KRB II erzeugbare Strom für die Dauer der Verzögerungen ersatzweise aus fossil befeuerten Stromerzeugungsanlagen bereitgestellt werden müßte, deren Betrieb die Umwelt mehr belastet als der Betrieb eines Kernkraftwerkes. Selbst bei Einsatz modernster Abgasreinigungsanlagen geben fossil befeuerte Stromerzeugungsanlagen erhebliche Mengen an Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid, Kohlendioxid, Kohlenwasserstoffen, Stickstoffoxiden, Staub, Ruß und anderen Schadstoffen ab. Die Wirkungen dieser Schadstoffe sind komplex. Die Belastungen der natürlichen Lebensgrundlagen Luft, Boden und Wasser können Schädigungen bei Mensch, Tier und Pflanzen auslösen. In diesem Zusammenhang wird auch auf die beobachteten Schäden an Bäumen hingewiesen. Demgegenüber entstehen durch den Betrieb von Kernkraftwerken keine Emissionen, die nachteilige Auswirkungen auf die Umgebung haben könnten. Deshalb

ist es unbedingt erforderlich, die Betriebszeit fossil befeuerter Wärmekraftwerke durch den Einsatz von Kernkraftwerken, darunter auch KRB II, möglichst rasch zu verringern (siehe auch Ministerratsbeschluß vom 29.6.1982, Bulletin der Bayerischen Staatsregierung vom 6.7.1982 Nr. 14/82, Seite 3). Es ist davon auszugehen, daß allein durch die Inbetriebnahme der beiden Blöcke des KRB II die Schwefeldioxid-Emissionen aus Kraftwerken in Bayern wesentlich sinken werden.

Die Abgabe radioaktiver Stoffe durch ein im Betrieb befindliches Kernkraftwerk ist dagegen aufgrund der strengen Vorschriften des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung auf so niedrige Werte begrenzt, daß die davon herrührende Strahlenexposition auch in der unmittelbaren Umgebung der Anlage weniger als 1/100 der natürlichen Strahlenbelastung beträgt.

- 1.2 Neben den oben angesprochenen öffentlichen Belangen ist die Anordnung der sofortigen Vollziehung auch wegen Überwiegender Interessen der Antragsteller geboten. Wenngleich die beteiligten Elektrizitätsversorgungsunternehmen bestrebt sein werden, die durch eine verzögerte Inbetriebnahme des KRB II entstehenden Mehrkosten auf Dauer auf ihre Strompreise umzulegen und diese Mehrkosten letzten Endes - wie oben ausgeführt - vom Verbraucher zu tragen wären, ist diese Möglichkeit zum Teil aus Gründen des Wettbewerbs sowie im übrigen nach Zeitpunkt und Umfang zivil-, kartell- und preisrechtlich begrenzt. Insoweit würde eine Verzögerung der Fertigstellung des KRB II nicht ohne schwerwiegende Auswirkungen auch auf die Ertragslage der beteiligten Unternehmen bleiben.
2. Das öffentliche und private Interesse an einer sofortigen Vollziehung des Genehmigungsbescheids war gegen die Interessen Dritter, von einer sofortigen Vollziehung

verschont zu bleiben, nach § 80 Abs.2 Nr.4 VwGO abzuwägen. Insbesondere deshalb, weil die Durchführung der mit diesem Bescheid genehmigten Maßnahmen nicht mit einer Beeinträchtigung Dritter verbunden ist, wurde dem öffentlichen Interesse sowie dem Interesse der Antragsteller durch Anordnung des Sofortvollzugs der Vorrang vor möglicherweise entgegenstehenden Interessen Dritter an der aufschiebenden Wirkung der Klage eingeräumt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in Augsburg, Kornhausgasse 4, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

I.A.

Ministerialdirigent